
FDP Kronberg im Taunus

OBDACHLOSENUNTERKUNFT IN SCHÖNBERG? FDP POCHT AUF VERBINDLICHE LÖSUNG AM GRÜNEN WEG

24.03.2025

Am 26. März findet eine Bürgerversammlung zur Nutzung des Bettenhaus des Religions-Pädagogischen-Zentrums (RPZ) in Schönberg statt.

Der Magistrat der Stadt Kronberg schlägt vor, das Gebäude käuflich zu erwerben, um dort dauerhaft Obdachlose unterzubringen.

„Wie so oft, wird auch hier eine Thematik isoliert betrachtet. Um den Vorschlag wirklich beurteilen zu können, muss man aber den Gesamtzusammenhang und die Hintergründe kennen.“, so Holger Grupe, Vertreter der Liberalen im Bau-Ausschuss.

Seit ewigen Zeiten ringt die Stadtpolitik darum, eine dauerhafte Unterbringungslösung für Geflüchtete und Obdachlose am Grünen Weg (hinter tegut) zu bauen.

Die Historie der verschiedenen Lösungsansätze ist geprägt von Versäumnissen und Unterlassungen. Begonnen bei einem nicht erfolgten Baubeginn, temporärer Duldung, Nichtschaffung von Baurecht, um nur die großen Schlagworte zu nennen. „Dieses nachlässige Arbeiten und bewusste Verschleppen der Umsetzung in der Vergangenheit fällt uns jetzt auf die Füße.“, so Kristina Fröhlich, Fraktionsvorsitzende der FDP Kronberg im Stadtparlament. Ginge es nach der FDP, wäre schon vor Jahren eine solide, günstige Lösung realisiert worden.

Zur Diskussion steht auch, dass die Stadt eine temporäre Containerlösung schaffen könnte, die ca. € 400.000 kosten wird.

Um bei diesen Wirrungen mehr Klarheit und eine pragmatische, nachhaltige Lösung zu schaffen, schlägt die FDP vor, die temporären Container nicht umzusetzen, sondern in

einem ersten Schritt zunächst das RPZ zu nutzen. Ist dann am Grünen Weg die dauerhafte Bebauung endlich erfolgt, können die Bewohner im zweiten Schritt auf den neuen Standort am Grünen Weg und das Bettenhaus des RPZ verteilt werden. So würden die Menschen nicht an einem einzigen Ort untergebracht werden und die Stadt Kronberg hätte eine tragfähige Lösung. Insbesondere würde man damit auch den Anliegen der Schönberger Bürgerinnen und Bürgern Rechnung tragen.

Klare Bedingung für Schritt 1 ist jedoch die verbindliche Zusage von Schritt 2, nämlich des Baus am Grünen Weg. Die Übergangszeit bis dahin darf jedoch nicht länger als zwei Jahre dauern, was angesichts der langen Vorgeschichte möglich sein muss. Alles andere wäre unvermittelbar und nicht zu akzeptieren.

Wichtig ist der FDP zudem nicht nur, die Anzahl der Bewohner im RPZ zu begrenzen, sondern auch die offenen Fragen rund um das Nutzungskonzept und Finanzierung zu klären. Hierzu gehören z.B. die erforderlichen Sanierungskosten des Bettenhauses und die dauerhafte Kostenübernahme für den Betrieb bzw. die Betreuung.

Aus einer übergeordneten Sicht auf die Stadtpolitik möchte die FDP mit ihrem Vorschlag auch vermeiden, dass die Sozialpolitik der Stadt auf dem Rücken der Schönberger ausgetragen wird, während eine pragmatische Entwicklung am Grünen Weg durch Partikular- und Grundstücksinteressen seit Jahren kontinuierlich torpediert werden. Jetzt ist es endlich an der Zeit, eine Lösung umzusetzen, die den Anforderungen der Stadt und der betroffenen Menschen insgesamt gerecht wird.